Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/4306

10. 02. 93

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Rolf Schwanitz, Gerd Andres, Robert Antretter, Angelika Barbe, Holger Bartsch, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Arne Börnsen (Ritterhude), Dr. Eberhard Brecht, Hans Büchler (Hof), Edelgard Bulmahn, Hans Büttner (Ingolstadt), Wolf-Michael Catenhusen, Dr. Nils Diederich (Berlin), Freimut Duve, Dr. Peter Eckardt, Dr. Konrad Elmer, Gernot Erler, Helmut Esters, Evelin Fischer (Gräfenhainichen), Anke Fuchs (Köln), Iris Gleicke, Karl Hermann Haack (Extertal), Hans-Joachim Hacker, Gerlinde Hämmerle, Manfred Hampel, Christel Hanewinckel, Stephan Hilsberg, Renate Jäger, Dr. Ulrich Janzen, Dr. Uwe Jens, Volker Jung (Düsseldorf), Siegrun Klemmer, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Fritz Rudolf Körper, Regina Kolbe, Walter Kolbow, Volkmar Kretkowski, Dr. Klaus Kübler, Hinrich Kuessner, Dr. Uwe Küster, Eckart Kuhlwein, Dr. Christine Lucyga, Dorle Marx, Christoph Matschie, Dr. Dietmar Matterne, Markus Meckel, Herbert Meißner, Christian Müller (Zittau), Michael Müller (Düsseldorf), Gerhard Neumann (Gotha), Manfred Opel, Adolf Ostertag, Dr. Helga Otto, Rudolf Purps, Renate Rennebach, Peter W. Reuschenbach, Bernd Reuter, Dieter Schanz, Siegfried Scheffler, Dieter Schloten, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Regina Schmidt-Zadel, Dr. Jürgen Schmude, Dr. Emil Schnell, Gisela Schröter, Karl-Heinz Schröter, Brigitte Schulte (Hameln), Ernst Schwanhold, Bodo Seidenthal, Horst Sielaff, Johannes Singer, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Wieland Sorge, Dr. Dietrich Sperling, Ludwig Stiegler, Dr. Peter Struck, Dr. Gerald Thalheim, Wolfgang Thierse, Siegfried Vergin, Dr. Hans-Jochen Vogel, Gerd Wartenberg (Berlin), Reinhard Weis (Stendal), Gunter Weißgerber, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Gudrun Weyel, Dr. Norbert Wieczorek, Hanna Wolf, Verena Wohlleben, Christoph Zöpel, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/2874 —

Gemeinschaftsinitiative Neue Länder

A. Problem

Im Antrag der Fraktion der SPD wird eine Gemeinschaftsinitiative für die neuen Länder gefordert. Die Bundesregierung soll die politischen Parteien, Bund und Länder, Wirtschaft und Gewerkschaften zum gemeinsamen Handeln in einer solchen Initiative zusammenführen. Strukturförderungsprogramme von Bund und Ländern sollen Schwerpunkte dieser Initiative sein, damit u. a. „Arbeitsplätze statt Arbeitslosigkeit geschaffen" und die vorhandenen „Industriestandorte im Kern erhalten" bleiben.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Statt dessen sollen die in den letzten Monaten getroffenen Entscheidungen der Bundesregierung, u. a. die Aufstockung der Investitionszulage für ostdeutsche Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und für Handwerksbetriebe, die mittelfristige Verlängerung der allgemeinen Investitionszulage und die Fortführung der wichtigsten Förderprogramme auf hohem Niveau, konsequent fortgesetzt werden.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag — Drucksache 12/2874 — abzulehnen.

Bonn, den 13. Januar 1993

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	**Christian Müller (Zittau)**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Christian Müller (Zittau)

I.

Der Antrag — Drucksache 12/2874 — wurde in der 107. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. September 1992 dem Ausschuß für Wirtschaft federführend und dem Sportausschuß, dem Rechtsausschuß, dem Finanzausschuß, dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, dem Ausschuß für Frauen und Jugend, dem Ausschuß für Verkehr, dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, dem Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, dem Ausschuß für Bildung und Wissenschaft und dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der *Sportausschuß* hat in seiner 23. Sitzung am 14. Oktober 1992 den in seine Zuständigkeit fallenden Abschnitt IV Nr. 4 Abs. 4 des Antrags beraten. Er empfiehlt dem federführenden Ausschuß, diesem Teil des Antrags (Abschnitt IV Nr. 4 Abs. 4) in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Der *Rechtsausschuß* hat, soweit seine Zuständigkeit betroffen ist, in seiner Sitzung am 20. Januar 1993 einstimmig festgestellt, daß

1. in Abschnitt II die Absätze 1 und 2 wegen der diesbezüglichen Regelungen im 2. Vermögensrechtsänderungsgesetz erledigt sind,
2. die in Abschnitt II Abs. 3 und 4 gestellten Forderungen aktuell sind,
3. in Abschnitt IV Nr. 2 die in Absatz 3 gestellte Forderung zwischenzeitlich durch gesetzliche Regelungen gegenstandslos geworden ist.

Der *Finanzausschuß* hat den Antrag in seiner Sitzung am 4. November 1992 beraten. Er schlägt dem federführenden Ausschuß für Wirtschaft mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS/Linke Liste bei Abwesenheit der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.

Der *Haushaltsausschuß* hat in seiner Sitzung am 29. Oktober 1992 den Antrag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS/Linke Liste abgelehnt.

Der *Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten* hat die Vorlage in seiner 43. Sitzung am 14. Oktober 1992 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Gruppe der PDS/Linke Liste abgelehnt.

Der *Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung* empfiehlt mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Mitglieder der Gruppe der PDS/Linke Liste und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

Der *Ausschuß für Frauen und Jugend* hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 14. Oktober 1992 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS/Linke Liste abgelehnt.

Der *Ausschuß für Verkehr* beschließt in seiner 33. Sitzung am 29. Oktober 1992 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS/Linke Liste bei Abwesenheit der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Der *Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit* hat in seiner 41. Sitzung am 4. November 1992 die Vorlage beraten und mehrheitlich abgelehnt.

Der *Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau* hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 4. November 1992 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste, die Vorlage abzulehnen.

Der *Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung* stellt mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Vertreterin der Gruppe der PDS/Linke Liste fest, daß die im vorliegenden Antrag unter Abschnitt I Nr. 5 genannten Forderungen im Bereich Forschung und Technologie durch die zwischenzeitlich erfolgten Maßnahmen der Bundesregierung erfüllt wurden.

Der *Ausschuß für Bildung und Wissenschaft* hat in seiner Sitzung am 14. Oktober 1992 die Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD — bei Abwesenheit des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste — abgelehnt.

II.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 13. Januar 1993 beraten.

Die antragstellende Fraktion der SPD hat erklärt, daß die seit Einbringung des Antrags im Juni 1992 zu

beobachtende krisenhafte Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft die Notwendigkeit einer gemeinschaftlichen Initiative zugunsten der ostdeutschen Länder nachdrücklich unterstreiche. Der Prozeß der Entindustrialisierung schreite ungebrochen voran, was sich vor allem in dem dramatischen Anstieg der Arbeitslosenzahlen dokumentiere.

Mit ihrem Antrag unterbreite die Fraktion der SPD den Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und F.D.P. das ernsthafte Angebot zu einem gemeinsamen Handeln von Bund und Ländern unter Einbeziehung der Sozialpartner. Anderenfalls werde es nicht gelingen, die für den Aufschwung Ost erforderlichen industriellen Kerne zu erhalten und neue zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Koalitionsfraktionen haben demgegenüber darauf hingewiesen, daß viele der in dem Antrag der Fraktion der SPD erhobenen Forderungen durch Beschlüsse und Maßnahmen der Bundesregierung unterdessen erfüllt seien. Der Antrag sei insoweit durch die Entwicklung der letzten Monate obsolet geworden.

Die Koalitionsfraktionen weisen beispielhaft auf folgende Maßnahmen hin:

— Die Investitionszulage für ostdeutsche Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und für Handwerksbetriebe sei auf 20 vom Hundert je Betrieb und Jahr bei einer Investitionssumme von maximal 1 Mio. DM aufgestockt worden.

— Die allgemeine Investitionszulage habe man mittelfristig verlängert und beschlossen, die wichtigsten Förderungsprogramme auf hohem Niveau uneingeschränkt fortzusetzen.

— Beschlüsse zur Absatzförderung gingen über den Bereich des Osthandels hinaus und erleichterten vor allem den Treuhand-Unternehmen die Erschließung von neuen im Westen gelegenen Märkten.

— Die Treuhandanstalt forciere ihre Reprivatisierungsanstrengungen, wobei sie auf mittelständische Unternehmen zugeschnittene Angebote zur zügigen Verwertung von Grundstücken und Immobilien unterbreite.

— Flankierende gesetzgeberische Maßnahmen würden darüber hinaus zu einem den Aufschwung Ost fördernden Abbau von Investitionshemmnissen beitragen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung hat der Ausschuß mehrheitlich beschlossen, den Antrag der Fraktion der SPD abzulehnen.

Bonn, den 13. Januar 1993

Christian Müller (Zittau)

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333